



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

12

Dezember 2017 / 51. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Die DPoIG wünscht besinnliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Seite 5 <

dbb Gewerkschaftstag
verabschiedet
Leitantrag zur
Inneren Sicherheit

Seite 18 <

Fachteil:

- Bodycams – Möglichkeiten und Grenzen
- Das Warndreieck
- Dashcam – ein zulässiges Beweismittel?



Anhörung im Finanzausschuss des Landtages zu Dienstrechtsänderungen

In der Anhörung vor dem Finanzausschuss des Landtages am 8. November 2017 hat der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, und für den DPoIG-Landesverband Sachsen-Anhalt, Olaf Sendel, zu den von der Landesregierung geplanten Dienstrechtsänderungen Stellung genommen. Schwerpunkt des Artikelgesetzes ist die Anhebung der Altersgrenzen für den Ruhestand. „Der dbb ist nach wie vor generell gegen die Anhebung der Altersgrenzen aller Beschäftigungsgruppen, hat aber auch stets betont, dass die Herausforderungen für alle Alterssicherungssysteme gleich sind“, sagte Ladebeck.

Die Antwort auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung kann nach Auffassung des dbb nicht in starren Altersgrenzen liegen. Anstelle einer generellen und zwangsweisen Verlängerung der Arbeitszeit sollten flexible Regelungen auf freiwilliger Basis geschaffen werden. Ladebeck ist davon überzeugt, dass zukünftig auch über Lebensarbeitszeitkonten geredet werden muss. „Wir fordern eine

Kumulierung von Überstunden. Wenn ein Beamter auf seinem Konto viele Überstunden angesammelt hat, dann könnte er früher in den Ruhestand gehen. Das ist heute noch nicht erlaubt. Dieses Verbot ist einfach überholt“, sagte der Landeschef. Ein Beamter müsse aber auch über die Altersgrenze hinaus weiterarbeiten können, wenn er das wünscht. Das könne er nach geltendem Recht zwar schon jetzt, aber nur für bis zu drei Jahre und nur, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. Angesichts der demografischen Entwicklung muss Erfahrungswissen gesichert werden. Deshalb fordert der dbb einen Rechtsanspruch auf das Hin-ausschieben der Altersgrenze.

Aufgrund der außergewöhnlichen Belastungen sieht der Beamtenbund die Anhebung der besonderen Altersgrenze für Polizei- und Justizvollzugsbedienstete im Grundsatz weiterhin kritisch: „Die Anhebung von 60 auf 61 Jahre bis zur Besoldungsgruppe A 11 beziehungsweise 62 Jahre ab der Besoldungsgruppe A 12 gemäß Koalitionsvertrag ist so wenig sachgerecht, wie die jetzt im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehene unterschiedliche Anhebung nach Befähigung.“ Wenn es zu einer Anhebung der besonderen Altersgrenze kommt, sollte der Beamte dann aber für jedes Jahr, in dem er Wechsel- und Schichtdienst geleistet hat, einen Monat früher abschlagsfrei in den Ruhestand treten können und zwar auf Antrag des Einzelnen. Zum einen wird so keiner gezwungen, eher zu gehen und zum anderen würde sich der Verwaltungsaufwand verringern.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist mit einer Erhöhung der Altersgrenze für Polizeivollzugsbeamte nicht einverstanden. Darüber hinaus ist diese angedachte Regelung aus unserer Sicht verfassungswidrig. Aufgrund der außergewöhnlichen Belastungen der Vollzugsdienste durch in der Regel gefahrgeneigte Tätigkeiten, ständige Einsatzbereitschaft, psychische Beanspruchung durch konfliktrichtige Situationen, bewertet die Deutsche Polizeigewerkschaft die Anhebung der besonderen Altersgrenzen als nicht hinnehmbar. Im Weiteren ist durch zahlreiche wissenschaftliche Studien zweifelsfrei belegt, dass Wechselschichtdiensttätigkeit bereits ab sieben Jahren belastungsbedingt die Gesundheit schädigt und Lebensjahre verloren gehen.

Für Beamte im Feuerwehrtechnischen Einsatzdienst lehnen der dbb und die DPoIG eine Anhebung der Lebensarbeitszeit ab.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßt die Einfügung der Regelung des § 83 a (Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen). Im Besonderen deshalb, da sie dies letztmalig in der Anhörung zum SOG LSA im Oktober 2016 anregte. Unverändert ist die Zahl der im Dienst angegriffenen und verletzten Beamten hoch. Aktuell erhalten diese Beamten noch immer dafür keinen dienstlichen Rechtsschutz.

Auch die geplante Streichung des Ausgleichs bei besonderen Altersgrenzen in Höhe von 4 091 Euro lehnen der dbb und die DPoIG strikt ab. „Ein Voll-



zugsbeamter mit einer besonderen Altersgrenze muss nach dem Gesetzentwurf mit 61 beziehungsweise 62 Jahren aus dem Dienst ausscheiden. Damit hat ein Vollzugsbeamter – anders als der Regelbeamte – keine Chance, bis 67 Jahre zu arbeiten und weitere Pensionsansprüche zu erwerben. Gerade deshalb gibt es ja dieses Übergangsgeld“, machte Ladebeck deutlich. Olaf Sendel fügte aus Sicht der DPoIG hinzu. „Im Hinblick auf die belastungsbedingt festgelegte besondere Altersgrenze bei Polizeivollzugsbeamten und kürzere Besoldungszeit von fünf Jahren im Polizeivollzugsdienst ist diese Streichung des Übergangsgeldes nicht nachzuvollziehen. Sie wird durch die Deutsche Polizeigewerkschaft entschieden abgelehnt, da sie nicht den Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes gerecht wird. Da die ersten Polizeivollzugsbeamten durch ihre Dienstzeit frühestens 2031 die Höchstversorgung erreichen können, werden diese im Besonderen benachteiligt. ■

Impressum:

Redaktion:
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)
polizeispiegel@dpolg-st.de
Tel./Fax: 039206.53948
Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleiufer 12
39104 Magdeburg
Tel. 0391.5067492
Fax 0391.5067493
www.dpolg-st.de
info@dpolg-st.de
ISSN 0945-0521



6. Landeshauptvorstandssitzung des Landesverbandes – Teil 2

Am 19./20. Oktober 2017 trafen sich die Funktionsträger der DPolG Sachsen-Anhalt zu ihrer Landeshauptvorstandssitzung (LHV) in Ballenstedt.

Nach den einleitenden Worten des Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck stellte der Geschäftsführer der DPolG Service GmbH, Alexander Grimm, die Erfolgsgeschichte der Service GmbH als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb und die weitgefächerten Angebote und den damit verbundenen umfassenden Service vor. Sehr anschaulich erläuterte Alexander Grimm die einzelnen Sparten des Unternehmens und die Vorteile, wie zum Beispiel exklusive Rahmenverträge für Mobilfunk, Festnetz, Sky, Leihwagen, besonders günstige Konditionen bei Kauf von Elektrogeräten, Pkw, interessante

Pkw-Leasingangebote und vieles mehr für DPolG-Mitglieder und für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihren Familienmitgliedern. Weitere Informationen und aktuelle Angebote können im Internet unter www.dpolg-service.de oder über die Service-Hotline 07161.964100 abgerufen werden.

Als Ehrengäste begrüßte der Landesvorsitzende den DPolG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt und Innenminister Holger Stahlknecht zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde zu aktuellen Themen in der Landespolizei. Der Bundesvorsitzende lobte Innenminister Stahlknecht, dass die Einstellungsoffensive mit der diesjährigen Einstellung von 700 Polizisten begonnen und dass das Artikelgesetz auf den Weg gebracht wurde. Aber er macht sich auch Sorgen, dass sich der Personalnotstand noch weiter verschärfen wird, denn es werden einige Jahre ins Land gehen, bis die Neuen endlich gut ausgebildet in den Dienststellen ankommen. Jetzt sollte man sich Gedanken machen, wie man die Polizei entlasten kann. Das könnte zum Beispiel die Schwerlasttransportbegleitung durch die Polizei sein. Dort könnte man bei Abgabe dieser Aufgabe an sogenannte Verwaltungshelfer Tausende Mannstunden einsparen. Oder

mit Einführung der Halterhaftung bei Verkehrsverstößen, auch diese Maßnahme kann Polizei entlasten. Der Bundesvorsitzende freute sich, dass Innenminister Stahlknecht zum Jahresende den Vorsitz der Innenministerkonferenz übernehmen wird und hofft, dass er sich weiterhin für die Polizei stark macht.

Innenminister Holger Stahlknecht schildert eingangs, wie er die Landespolizei 2011 bei Amtsantritt vorgefunden hat und wie Polizei im 21. Jahrhundert mit Einführung von Regionalbereichsbeamten (RBB), Streifenkreisen und mobilen Büros in Streifenwagen funktionieren kann. Im Anschluss erläuterte er die grundlegenden Parameter zum Strukturkonzept „Polizeistruktur 2020“ mit der Bildung der vier Polizeiinspektionen Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg, Stendal mit Kernverwaltungsaufgaben und der Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt.

Der Innenminister zeigte sich stolz, die 700 Neueinstellungen geschafft zu haben und bei dem Stichwort „Schlechtestes Dienstgebäude“ wird das Bauvorhaben weiter vorangetrieben, wohl wissend, dass es noch weitere Baustellen wie die Polizeireviere Börde in Haldenleben und das Polizeirevier Weißenfels gibt. Weiterhin

geht der Innenminister davon aus, dass er das Ziel verfolgt, den Beförderungsstau bis zum Jahr 2020 aufgelöst zu haben, beginnend mit den jetzt bewilligten zwei Millionen Euro für die Beförderungsrunden 2017. Nach seinen Ausführungen beantwortete der Innenminister geduldig viele Fragen aus dem Gremium oder sicherte deren Klärung im Nachgang zu. Zu den Fragen gehörten unter anderem: dringende personelle Verstärkung der Polizeiverwaltung, Tätigkeitsumfang und Arbeitszeit für RBB, Verbesserung der Ausrüstung und Bewaffnung, unter anderem moderne Pistole, Beförderungs- und Beurteilungsproblematik oder ist Zusatzurlaub für Dienst zu wechselnden Zeiten auch für Beamte des Feuerwehertechnischen Dienstes mit 24-Stunden-Schichten möglich.

Am 20. Oktober 2017, zu Beginn des zweiten Sitzungstages, erläuterte der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Berend Jochem, die Geschichte der Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft und die Stiftungsziele unter dem Motto „Helfer brauchen Hilfe“. Mit beeindruckenden Filmaufnahmen stellt Berend Jochem die schöne Landschaft am Alpenrand und die Stiftungshäuser in Lenggries, Fall am Sylvensteinsee und Niedernach am Südufer des Walchensees vor.



> Alexander Grimm



> Berend Jochem

Voller Stolz berichtet er von der Notwendigkeit und dem ständigen Wachsen der Stiftung, was allein die Verdopplung der Zahl der Stiftungsaufenthalte in Lenggries und Fall eindrucksvoll zeigen. Zum Abschluss seiner Ausführungen stellte Berend Jochem das neue Projekt „Therapieraum Natur“ der DPoIG-Stiftung vor. Ziel ist es, eine Fläche von 1,375 Hektar Wald, bestehend aus einer Fichtenmonokultur hinter den Häusern in Fall, unter Anleitung der „Bayerischen Staatsforsten“ zu einem Spiegel eines Bergwaldes umzugestalten. Es sollen kinder- und behindertengerechte Wege entstehen, Wildsträucher, verschiedene Baumarten gepflanzt und naturnahe Lehrpfade gestaltet werden. Dafür benötigt die Stiftung Spenden und viele ehrenamtliche Helfer die mit anpacken.

Im Anschluss des Vortrages hat der Landeshauptvorstand einstimmig beschlossen, die DPoIG-Stiftung mit einem Spendenscheck in Höhe von 500 Euro zu unterstützen.

Einen breiten Raum nahmen der anschließende Bericht des Landesvorsitzenden zur polizeilichen, beamten- und tarifrechtlichen Lage und die darauf folgende konstruktive Diskussion ein.

Zum Thema Finanzen stellte der stellvertretende Landesvorsitzende/Schatzmeister Günther Hünecke den Haushaltsplan 2018 der DPoIG LSA vor.

In der weiteren Folge wurden noch einige Punkte der Verbandsarbeit durch die Vorstandsmitglieder und Kreisvorsitzenden vorgetragen und besprochen.



© DPoIG S-A

> Die DPoIG LSA hat wie bereits in den vergangenen Jahren zum Weihnachtsfest und zum bevorstehenden Jahreswechsel keine Festtagsgrüße per Post versandt. Die eingesparten Brief- und Portogebühren werden für Wohltätigkeitszwecke gespendet. Am 20. Oktober 2017 hat der Landeshauptvorstand beschlossen, dass diese 500 Euro an die Stiftung der DPoIG gehen. Der Regionalbeauftragte der Ostländer und Berlin für die DPoIG-Stiftung, Olaf Sendel, übernimmt von Wolfgang Ladecock den Spendenscheck (von links).

Kampfmittelbeseitigungsdienste der Länder haben Flächentarifvertrag

In der dritten Verhandlungsrunde haben Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 7. November 2017 in Berlin eine grundsätzliche Einigung zu einem Flächentarifvertrag für den Kampfmittelbeseitigungsdienst erzielt. Auch wenn die Gewerkschaften sich im Hinblick auf eine verbesserte Eingruppierung nicht vollständig durchsetzen konnten, wurde das Ziel erreicht, ein bundesweit einheitliches Tarifniveau für alle Beschäftigten im Kampfmittelräumdienst zu schaffen. Die kräftige Anhebung aller Zulagen um bis zu 36 Prozent kann sich sehen lassen!

Künftig wird über die Dynamisierung aller Zulagen für die Beschäftigten im Kampfmittelbeseitigungsdienst in den zweijährig stattfindenden Ein-

kommensrunden in Potsdam verhandelt. Der neu einzufügende § 51 TV-L kann hinsichtlich der dort geregelten Beträge (Zulagen, Prämien und Gruppenunfallversicherung) jederzeit gekündigt und nachverhandelt werden, erstmals zum 31. Dezember 2018.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- > Inkrafttreten der Neuregelungen ab 1. Januar 2018
- > Integration der Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes in den TV-L
- > Anhebung der Gefahrenzulage auf 1 100 Euro/Monat für:
 - den Leiter des Kampfmittelbeseitigungsdienstes
 - den Leiter im Kampfmittelbeseitigungsdienst
 - den ständigen Vertreter des Leiters des Kampfmittelbeseitigungsdienstes

- den ständigen Vertreter des Leiters im Kampfmittelbeseitigungsdienst
- Trupfführer beziehungsweise Entschärfer
- > Bundesweite Eingruppierung aller (Hilfs-)Trupfführer beziehungsweise Entschärfer in die Entgeltgruppe 9
- > Einführung einer monatlichen Entgeltgruppenzulage für Trupfführer beziehungsweise Entschärfer von 85 Euro
- > Anhebung der Gefahrenzulage für Munitionsfacharbeiter der Entgeltgruppen 5 und 6 auf monatlich 1 000 Euro
- > Anhebung der Zulage für chemische Munition auf 133,33 Euro
- > Anhebung der Sonderprämie für eine Entschärfung mit außergewöhnlichem Gefahrenmoment auf 737,79 Euro
- > Anhebung der Zulage für Luftbildauswerter der Entgeltgruppen 8 und 9 auf 113 Euro
- > Anhebung der Gruppenunfallversicherung für den Todesfall auf 56 497,75 Euro und für den Invaliditätsfall auf 112 995,51 Euro
- > Erklärungsfrist bis zum 15. Dezember 2017



© DPoIG S-A

> Kampfmittelbeseitigung wird immer gefährlicher und muss angemessen bezahlt werden.

Über mögliche Änderungen in der Eingruppierung und weitere Sonderregelungen für die Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Sachsen-Anhalt werden wir euch gesondert informieren.

Landesvorsitzender bedankt sich bei Hermann Benker auf dem Landeskongress Bayern und wünscht neu gewähltem Landesvorstand viel Erfolg



© DPoIG S-A (2)

> Wolfgang Ladebeck überreicht Herman Benker ein „Ost-Paket“ (von rechts)

Der bayerische Landesverband der DPoIG veranstaltete am 9. und 10. November 2017 seinen Landeskongress in Bayreuth. Der scheidende Landesvorsitzende Hermann Benker wurde nach 14 Jahren in dieser Position aufgrund seines bevorstehenden Ruhestandes verabschiedet und zum Ehren-

mitglied gewählt. Auch unser Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck weilte unter den zahlreichen Gästen und bedankt sich während der Abendveranstaltung bei Hermann für die Hilfe beim Aufbau der DPoIG in den Ostländern als Aktivist der ersten Stunden. Wolfgang Ladebeck sagte: „An-

diesem Abend des 9. November genau vor 28 Jahren ist die innerdeutsche Grenze gefallen und wenn das nicht passiert wäre, dann wäre ich nicht hier. Schon zwei Monate später war Hermann Benker im VPKA und ich habe im VPKA Schöne-

beck meinen Dienst verrichtet. Für deine vielen Aktivitäten und dein Engagement für die Ostländer bis zum heutigen Tage, möchte ich mich bei dir mit einem ‚Ost-Paket‘ bedanken, denn die Zeiten vom Verschicken von Westpaketen ist vorbei.“



> Dem neu gewählten Landesvorsitzenden der DPoIG Bayern, Rainer Nachtigall, und seinem Landesvorstand wünscht der LV Sachsen-Anhalt viel Erfolg und freut sich weiterhin auf eine gute und vertrauensvolle gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Frohe Weihnachten



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser des POLIZEISPIEGELS,

der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und die Redaktion POLIZEISPIEGEL wünschen Euch/Ihnen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein neues, erfolgreiches und gesundes Jahr 2018. Ein ganz besonderer Gruß gilt denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die über die Feiertage im Dienst für unsere Sicherheit sorgen.

Wolfgang Ladebeck
Landesvorsitzender

Gregor Henschke
Landesredakteur

© DPoIG SA